AMTSBLATT
der Gemeinde Salzatal

01. Jahrgang | Salzatal, den 06.06.2025 | Nummer 06/25

INHALT

Öffentliche Bekanntmachungen Gemeinde Salzatal

Aufwandsentschädigungssatzung 1
Bekanntmachung Nachrücker Gemeindrat 4
Bekanntmachung zur Wahl Ortschaftsrat Höhnstedt 4

Öffentliche Bekanntmachungen Dritter

Landesamt für Vermessung und Geoinformationen (LVermGeo) - Offenlegung Liegenschaft Salzmünde 4
Amt für Landwirtschaft, Flurerneuerung und Forsten Süd - Informationsveranstaltung 4
Unterhaltungsverband „Untere Saale“ - Durchführung der Gewässerunterhaltung 5
Amtsgericht Halle - Zwangsversteigerung 6

Impressum 3

Satzung über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlich tätigen Bürger der Gemeinde Salzatal

Aufgrund der §§ 8, 35, 45 Abs. 2 Nr. 1 Kommunalverfassungsgesetz LSA (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288, i. V. m. der Verordnung über die Entschädigung bei ehrenamtlicher Tätigkeit in den Kommunen (KomEVO) vom 29.05.2019 (GVBl. LSA S. 116), in der jeweils geltenden Fassung, hat der Gemeinderat der Gemeinde Salzatal in seiner öffentlichen Sitzung am 6. Mai 2025 (Beschluss-Nr.: 2025/026-GR) folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Allgemeine Bestimmungen

(1) Wer ehrenamtlich tätig ist, hat Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen und seines Verdienst-ausfalls.

(2) Ehrenamtlich Tätigen können angemessene Aufwandsentschädigungen gewährt werden.

(3) Die Ansprüche auf diese Bezüge sind nicht übertragbar und es kann auf sie nicht verzichtet werden.

§ 2
Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Gemeinderates

(1) Die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Gemeinderates wird als monatlicher Pauschalbetrag und Sitzungsgeld gewährt.

(2) Die Höhe der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 richtet sich nach der maßgeblichen Einwohnerzahl.

Einwohner der Gemeinde	monatl. Pauschalbetrag
von 10.001 bis 20.000 Einwohner	121,00 Euro
Sitzungsgeld je Sitzung und Tag	17,00 Euro

Finden an einem Tag mehrere Sitzungen statt, darf der Gesamtbetrag an Sitzungsgeld das 2,5-fache des zu gewährenden Sitzungsgeldes je Tag nicht überschreiten.

§ 3
Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des Gemeinderates

(1) Dem Vorsitzenden des Gemeinderates, soweit diese Funktion nicht von einem ehrenamtlichen Ortsbürgermeister wahrgenommen wird, erhält eine zusätzliche Aufwandsentschädigung in Höhe des Doppelten des nach § 2 Abs. 2 zulässigen Betrages.

(2) Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als 3 Monaten, ist dem Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung bis zur Höhe derjenigen des Vertretenen zu gewähren. Die Aufwandsentschädigung ist nachträglich zu zahlen.

§ 4
Aufwandsentschädigung für die Vorsitzenden der Ausschüsse

(1) Den Vorsitzenden der Ausschüsse, soweit der Vorsitz nicht dem Bürgermeister obliegt, wird darüber hinaus eine zusätzliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 50 von Hundert des nach § 2 Abs. 2 zulässigen Gesamtbetrages gewährt.

(2) Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden des Ausschusses für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als 3 Monaten entfällt für diesen der Anspruch auf die Aufwandsentschädigung und wird dem Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädi-gung in Höhe derjenigen des Vertretenen gewährt. § 2 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 5
Aufwandsentschädigung für sachkundige Einwohner

Sachkundigen Einwohnern, die zu Mitgliedern beratender Ausschüsse bestellt wurden, wird eine Aufwandsentschädigung in Form von Sitzungsgeld in Höhe von 17,00 Euro je Sitzung und Tag gewährt. Finden an einem Tag mehrere Sitzungen statt, darf der Gesamtbetrag an Sitzungsgeld das 2,5-fache des zu gewährenden Sitzungsgeldes je Tag nicht überschreiten.

§ 6
Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Ortschaftsräte

(1) Die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Ortschaftsräte wird als monatlicher Pauschalbetrag und Sitzungsgeld gewährt.

(2) Die Höhe der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 richtet sich nach der maßgeblichen Einwohnerzahl.

Einwohner der Ortschaft		monatl.Pauschalbetrag
Beesenstedt	1.001 bis 1.500 Einwohner	19,00 Euro
Bennstedt	1.001 bis 1.500 Einwohner	19,00 Euro
Fienstedt	bis 500 Einwohner	7,00 Euro
Höhnstedt	1.001 bis 1.500 Einwohner	19,00 Euro
Kloschwitz	bis 500 Einwohner	7,00 Euro
Lieskau	2.001 bis 3.000 Einwohner	31,00 Euro
Salzmünde	2.001 bis 3.000 Einwohner	31,00 Euro
Schochwitz	1.001 bis 1.500 Einwohner	19,00 Euro
Zappendorf	1.001 bis 1.500 Einwohner	19,00 Euro

zuzüglich Sitzungsgeld je Sitzung und Tag 13,00 Euro

Finden an einem Tag mehrere Sitzungen statt, darf der Gesamtbetrag an Sitzungsgeld das Doppelte des zu gewährenden Sitzungsgeldes je Tag nicht überschreiten.

§ 7
Aufwandsentschädigungen für Ortsbürgermeister

(1) Die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Ortsbürgermeister wird als monatlicher Pauschalbetrag gewährt.

(2) Die Höhe der Aufwandsentschädigung richtet sich nach der maßgeblichen Einwohnerzahl. Sie beträgt für die Ortsbürgermeister:

Einwohner der Ortschaft		monatl. Pauschalbetrag
Beesenstedt	1.001 bis 2.000 Einwohner	460,00 Euro
Bennstedt	1.001 bis 2.000 Einwohner	460,00 Euro
Fienstedt	bis 500 Einwohner	230,00 Euro
Höhnstedt	1.001 bis 2.000 Einwohner	460,00 Euro
Kloschwitz	bis 500 Einwohner	230,00 Euro
Lieskau	über 2.000 Einwohner	585,00 Euro
Salzmünde	über 2.000 Einwohner	585,00 Euro
Schochwitz	1.001 bis 2.000 Einwohner	460,00 Euro
Zappendorf	1.001 bis 2.000 Einwohner	460,00 Euro

(3) Im Falle der Verhinderung des Ortsbürgermeisters für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als einem Monat, erhält der Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe des Betrages nach Abs. 2. Der Anspruch auf eine pauschale Aufwandsentschädigung nach § 6 Abs. 1 entfällt dann für diesen Zeitraum. Beträgt die Zeit der Vertretung mit Anspruch auf Aufwandsentschädigung weniger als einen Monat, ist je Tag, an dem kein Anspruch besteht, die Entschädigung um ein Dreißigstel zu kürzen.
(4) Neben der pauschalen Aufwandsentschädigung wird für Ortsbürgermeister kein Sitzungsgeld gezahlt.

§ 8
Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Feuerwehren

(1) Der Gemeindewehrleiter, die stellvertretenden Gemeindewehrleiter mit einer dauerhaften Führungsaufgabe und eigenem Aufgabenbereich (Aus- und Fortbildung, Einsatzplanung/Einsatzvorbereitung, vorbeugender Brandschutz, Technik und Ausstattung), der Gemeindejugendfeuerwehrwart, der Verantwortliche für Kinderfeuerwehren der Gemeindefeuerwehr, die Ortswehrleiter, die Ortsjugendfeuerwehrwarte und die Verantwortlichen für Kinderfeuerwehren in Ortsfeuerwehren sowie die berufenen Gruppenführer, Zugführer und Verbandsführer erhalten eine pauschale Aufwandsentschädigung.

(2) Die monatliche Aufwandsentschädigung beträgt für den

Gemeindewehrleiter	420,00 Euro
Stellvertretende Gemeindewehrleiter mit dauerhaftem eigenen Aufgabenbereich	315,00 Euro
Gemeindejugendfeuerwehrwart	135,00 Euro
Verantwortlicher für Kinderfeuerwehren der Gemeindefeuerwehr	135,00 Euro
Ortswehrleiter	180,00 Euro
Stellvertretende Ortswehrleiter mit dauerhaftem eigenen Aufgabenbereich	135,00 Euro
Ortsjugendfeuerwehrwarte	100,00 Euro
Verantwortlichen für Kinderfeuerwehren in Ortsfeuerwehren	100,00 Euro
Verbandsführer	85,00 Euro
Zugführer	75,00 Euro
Gruppenführer	60,00 Euro

(3) Notwendige bare Auslagen für die büromäßige Erledigung der laufenden Dienstgeschäfte sowie die gelegentliche Inanspruchnahme privater Räume zu dienstlichen Zwecken sind mit der Aufwandsentschädigung abgegolten.

(4) Im Falle der Verhinderung des Gemeindewehrleiters, des Gemeindejugendfeuerwehrwartes, des Verantwortlichen für Kinderfeuerwehren der Gemeindefeuerwehr, des Ortswehrleiters, des Ortsjugendfeuerwehrwartes, des Verantwortlichen für Kinderfeuerwehren in Ortsfeuerwehren für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als einem Monat kann dem Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung bis zu derjenigen des Vertretenen gewährt werden. Erhält der Vertreter bereits eine Aufwandsentschädigung, beträgt die Entschädigung als Vertreter zusätzlich nur 50 von Hundert der Aufwandsentschädigung des Vertretenen.

(5) Die Aufwandentschädigung nach Abs. 2 wird nur für eine ehrenamtliche Funktion entrichtet.

(6) Ehrenamtlich tätige Ausbilder erhalten eine Aufwandentschädigung in Form einer anlassbezogenen Pauschale von 12,00 Euro pro Ausbildungsstunde. Ausbildungshelfer erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form einer anlassbezogenen Pauschale von 10,00 Euro pro Ausbildungsstunde.

(7) Ehrenamtlich tätige Mitglieder der Einsatzabteilung erhalten eine Aufwandsentschädigung von 9,00 Euro pro Monat, wenn diese regelmäßig am Dienst und den Ausbildungseinheiten teilgenommen haben.

§ 9
Wegfall der Aufwandsentschädigung

(1) Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als drei Monate ununterbrochen nicht ausgeübt, entfällt der Anspruch auf die Zahlung einer Aufwandsentschädigung für die über die drei Monate hinausgehende

Zeit.

(2) Für ehrenamtliche Ortsbürgermeister und ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, die ihr Ehrenamt länger als einen Monat nicht ausüben, ist Abs. 1 entsprechend anzuwenden.
(3) Entsteht oder entfällt der Anspruch während eines Kalendermonats, wird die Aufwandsentschädigung um jeden Tag, an dem kein Anspruch besteht, um ein Dreißigstel gekürzt.

(4) Kommunalen Ehrenbeamten wird keine Aufwandentschädigung gezahlt, solange ihnen die Führung des Dienstgeschäftes verboten ist oder sie vorläufig des Dienstes enthoben wurden.

§ 10
Entgangener Arbeitsverdienst

(1) Neben der Aufwandsentschädigung besteht Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls. Erwerbstätigen Personen wird auf Antrag der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstausfall ersetzt. Selbständigen wird auf Antrag der entstandene und glaubhaft gemachte Verdienstausfall ersetzt. Der Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls nach Satz 1 und 2 wird in Form eines Stundensatzes von 19,00 Euro und maximal 8 Stunden pro Tag begrenzt. Die Erstattung erfolgt für jede angefangene Stunde der versäumten Arbeitszeit. Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wurde.

(2) Erwerbstätigen Personen und Selbständigen, die die Höhe des Verdienstausfalls nicht nachweisen oder glaubhaft machen können, wird auf Antrag Verdienstausfall in Form eines pauschalen Stundensatzes in Höhe von 19,00 Euro je Stunde ersetzt. Der Anspruch besteht für maximal 8 Stunden pro Tag. Die Erstattung erfolgt für jede angefangene Stunde der versäumten Arbeitszeit.

(3) Personen, die keinen Verdienst haben, denen aber durch die ehrenamtliche Tätigkeit ein Nachteil entsteht, wird auf Antrag eine Stundenpauschale gewährt. Für diese Zeitversäumnisse wird ein Stundensatz in Höhe von 19,00 Euro erstattet. Der Anspruch besteht für maximal 8 Stunden pro Tag. Die Erstattung erfolgt für jede angefangene Stunde der versäumten Zeit

(4) Die Erstattungen nach Abs. 1 bis 3 können nur auf Antrag erfolgen.

§ 11
Auslagenersatz

Die notwendigen Auslagen können frühestens im darauffolgenden Kalendermonat auf Antrag erstattet werden. Dem Antrag sind Belege beizufügen.

§ 12
Reisekostenvergütung

(1) Ehrenamtlich Tätigen wird eine Reisekostenvergütung nach den für hauptamtliche Beamte des Landes geltenden Grundsätzen gewährt. Die Erstattung der Reisekosten erfolgt auf schriftlichen Antrag.

(2) Aufwendungen für Dienstreisen am Dienst– oder Wohnort sind nach § 35 Abs. 2 KVG LSA mit der Zahlung der Aufwandsentschädigung abgegolten. Dies gilt nicht für Dienstreisen außerhalb des Dienst– oder Wohnortes, für Fahrten zum Sitzungsort und zurück, dies höchstens jedoch in Höhe der Kosten von der Hauptwohnung zum Sitzungsort und zurück.

§ 13
Fälligkeit der Zahlungen

Die pauschalen Aufwandsentschädigungen werden spätestens am ersten Tag des Folgemonats gezahlt. Aufwandsentschädigungen für den Verhinderungsfall werden nachträglich am ersten Tag des folgenden Monats gezahlt. Im Übrigen erfolgt die Zahlung nachträglich am Quartalsende.

§ 14
Steuerliche Behandlung

Der Erlass des Ministeriums für Finanzen über die steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlich tätigen Bürgern gewährt werden, findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

§ 15
Rundungsvorschrift

Beträge hinter dem Komma werden wie folgt gerundet:
a) 0 bis 49 Cent sind auf volle EUR nach unten abzurunden
b) 50 bis 99 Cent sind auf volle EUR nach oben aufzurunden.

§ 16
Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

§ 17
Inkrafttreten/Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Aufwandsent-schädigungssatzung der Gemeinde Salzatal in der Beschlussfassung vom 7. Dezember 2021 außer Kraft.

Salzatal, den 14.05.2025

gez.
Ina Zimmermann -Dienstsiegel-
Bürgermeisterin

Impressum:

Herausgeber:	Die Bürgermeisterin der Gemeinde Salzatal
Postanschrift:	Straße der Einheit 12a, 06198 Salzatal OT Salzmünde
Satz / Druck:	Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf. Es kann über die Homepage der Gemeinde Salzatal unter https://www.gemeinde-salzatal.de/de/amtsblaetter.html abonniert werden.
Bezug / Information:	Gemeinde Salzatal, Straße der Einheit 12a, 06198 Salzatal OT Salzmünde Telefon: 034609 / 28-0 E-mail: amtsblatt@gemeinde-salzatal.de

Bekanntmachung über das Nachrücken von Mitgliedern des Gemeinderates der Gemeinde Salzatal

Gemäß § 47 Abs. 5 Kommunalwahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KWG LSA) gebe ich hiermit folgende Nachrücker für den Gemeinderat der Gemeinde Salzatal bekannt:

Herr Knut Curth ist mit Ablauf des 29.04.2025 als Vertreter der Alternative für Deutschland (AfD) aus dem Gemeinderat der Gemeinde Salzatal durch Tod ausgeschieden. Der Sitz ist auf Herrn Günter Höpfner (AfD) als nächst festgestellter Bewerber übergegangen.
Herr Günter Höpfner hat das Mandat angenommen und rückt somit in den Gemeinderat der Gemeinde Salzatal nach.

Salzatal, 13. Mai 2025

gez.
Grunwald
Gemeindewahlleiterin

Bekanntmachung zur Wahl des Ortschaftsrates Höhnstedt

Gemäß § 47 Abs. 5 Kommunalwahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KWG LSA) gebe ich hiermit für den Ortschaftsrat Höhnstedt folgendes bekannt:

Herr Knut Curth ist mit Ablauf des 29.04.2025 als Vertreter der Alternative für Deutschland (AfD) aus dem Ortschaftsrat Höhnstedt durch Tod ausgeschieden. Da für diesen Wahlvorschlag kein nächst festgestellter Bewerber zur Verfügung steht, bleibt der Sitz im Ortschaftsrat Höhnstedt frei.

Salzatal, 13. Mai 2025

gez.
Grunwald
Gemeindewahlleiterin

Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVermGeo)

Neustädter Passage 15, 06122 Halle (Saale)

15.05.2025

Offenlegung

gemäß § 12 Abs. 3 Vermessungs- und Geoinformationsgesetz Sachsen-Anhalt in der jeweils geltenden Fassung (siehe Landesrecht unter www.sachsen-anhalt.de)

Für die Gemarkung: Salzmünde
Flur: 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 12

Einheitsgemeinde Salzatal
(Ortsname)
wurden die Nachweise des Liegenschaftskatasters hinsichtlich der Gebäudedarstellung fortgeführt.

Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt hat **den Nachweis des Liegenschaftskatasters hinsichtlich der Darstellung der Gebäude (Abrisse, Altgebäude) überprüft und die für das Liegenschaftskataster relevanten Ergebnisse in die Liegenschaftskarte übernommen.**

Allen beteiligten Eigentümern, Erbbauberechtigten und Nutzungsberechtigten werden diese Veränderungen des Liegenschaftskatasters durch die Offenlegung bekannt gemacht.

Die Liegenschaftskarte wird in der Zeit

vom 09.06.2025 bis 09.07.2025

in den Diensträumen des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt
Neustädter Passage 15 in 06122 Halle (Saale)
während der Besuchszeiten, **Mo. bis Fr. 08.00 – 13.00 Uhr / Di. 13.00 – 18.00 Uhr** zur Einsicht ausgelegt. Bei Fragen oder Anregungen wird um eine vorherige telefonische Terminvereinbarung unter der Telefonnummer 0345/6912-0 gebeten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Veränderungen in der Liegenschaftskarte, die durch die Übernahme der für das Liegenschaftskataster relevanten Veränderungen im Gebäudebestand entstanden sind, kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Halle in 06112 Halle (Saale), Thüringer Straße 16 erhoben werden.

Im Auftrag

gez.
Heiko Puschmann

Auskunft und Beratung
Telefon: 0345 6912-0
Fax: 0345 6912-133
E-Mail: service.halle.lvermgeo@sachsen-anhalt.de
Internet: www.lvermgeo.sachsen-anhalt.de
Heiko Puschmann

Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd

Öffentliche Bekanntmachung

Informationsveranstaltung des Vorstandes der Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung „Hornburg (FL)“, 611-46 MSH 256

Sehr geehrte Teilnehmerin, sehr geehrter Teilnehmer,

für das **Jahr 2025** ist eine **Vorschusshebung** zur Aufbringung der finanziellen Eigenleistun-gen im Flurbereinigungsverfahren Hornburg (FL) eingeplant.

Im Zuge dieser Vorschusshebung werden erstmals im Verfahren die beteiligten Teilnehmer (= Eigentümer) durch den Vorstand der Teilnehmergemeinschaft direkt angeschrieben. Dies möchten wir zum Anlass nehmen, um Sie vorab nochmals über das Verfahren selbst und die Flurbereinigungsbeiträge zu informieren.

Zu diesem Zweck findet am

Dienstag, den 12.08.2025, um 18.00 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus, Bachgraben 7, in Hornburg

eine Informationsveranstaltung statt.

In diesem Termin wird über die geplante Realisierung der Baumaßnahmen ab 2026 einschließlich der voraussichtlich entstehenden Kosten (samt Kostenträger) informiert. Der genehmigte Wege- und Gewäs-

serplan liegt zur Vorinformation für die Beteiligten in der Gemeinde Seegebiet Mansfelder Land, Pfarrstraße 8, 06317 Röblingen am See zur Einsichtnahme während der Dienststunden aus. Zusätzlich können die Unterlagen im In ternet unter:
https://alff.sachsen-anhalt.de/alff-sued/flurneuordnung/flurbereinigung-mansfeld-suedharz/fbv-hornburg (FL) unter Aktuelles: zur Information eingesehen werden.

Im Auftrag

Valenta
Sachgebietsleiter

Unterhaltungsverband „Untere Saale“

Öffentliche Bekanntmachung zur Durchführung der Gewässerunterhaltung

Gemäß der Festlegungen in den §§ 52, 54 und 66 des Wassergesetzes LSA (WG LSA) in der aktuellen Fassung, der Satzung des Verbandes §§ 2 und 4 in der aktuellen Fassung, gibt der Unterhaltungsverband „Untere Saale" bekannt, dass in der Zeit vom 01. Juni 2025 bis 31. März 2026 an den Verbandsgewässern (Gewässer II. Ordnung) Unterhaltungsarbeiten durchgeführt werden.

Hinweise:
1. Die Eigentümer oder Nutzer der Anliegergrundstücke haben den ausführenden Firmen sowie den Dienstkräften des Verbandes Zutritt zu diesen Gewässern sowie die notwendige Bau- und Arbeitsfreiheit an den Gewässern zu gewähren.

2. Anlieger und Hinterlieger haben lt. WG LSA ebenso zu dulden, dass der Aushub auf ihren Grundstücken eingeebnet wird, sofern es die bisherige Nutzung nicht dauernd beeinträchtigt.

3. Der Unterhaltungszeitraum umfasst alle Unterhaltungsarbeiten in allen Mitgliedsgemeinden. Es besteht kein Grund zur Beunruhigung oder Besorgnis, wenn im August oder September noch nicht alle Gewässer unterhalten worden sind. Eine Mahd aus rein optischen Gesichtspunkten erfolgt durch uns nicht.

4. Generell ist Gewässerunterhaltung immer eine vorausschauende Maßnahme, d. h. mit den Arbeiten wird die hydraulische Leistungsfähigkeit für mögliche Starkabflüsse im Herbst und insbesondere im folgenden Frühjahr gesichert.

Jährlich wiederkehrende Arbeiten (Böschungsmahd und Sohlkrautung) werden erst zu Beginn der Arbeiten aufgrund der tatsächlichen Bedingungen (hydraulische Schwerpunkte, Erreichbarkeit, Witterung, technologische Fragen) zeitlich durch den verantwortlichen Verband eingeordnet.

Einsichtnahme in die Liste der Verbandsgewässer sowie nähere Auskünfte sind in der Geschäftsstelle des Verbandes möglich.

Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass mit WG LSA § 64 festgelegt ist, dass Eigentümer der Grundstücke die Mehrkosten der Gewässerunterhaltung zu ersetzen haben, wenn sich die Kosten für die Unterhaltung erhöhen, weil ein Grundstück in seinem Bestand besonders zu sichern ist, oder weil eine Anlage in oder am Gewässer sie erschwert und wenn der Unterhaltungspflichtige den Kostensatz geltend macht. Mehrkosten entstehen, wenn von den Grundstücken oder Anlagen nachteilige Auswirkungen ausgehen, die zusätzliche Unterhaltungskosten verursachen (z. B. Handarbeit).

Anschrift der Geschäftstelle:

Unterhaltungsverband „Untere Saale“
Brachwitzer Straße 17
06118 Halle (Saale)

Tel.: 0345 5633193
Fax: 0345 5633194
E-Mail: info@uhv-us.de

gez.
Frank Gunkel
Verbandsvorsteher

– Ausfertigung –

Amtsgericht Halle (Saale)

Beschluss

Terminbestimmung

555 K 15/24 17.03.2025

Im Wege der Zwangsvollstreckung

soll am **Dienstag, 29. Juli 2025, 10.00 Uhr**, im Amtsgericht Thüringer Straße 16, 06112 Halle (Saale), Saal/Raum 2.047, versteigert werden:

Das im Grundbuch von Bennstedt Blatt 1665 eingetragene Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m²
1	Bennstedt	5	58/3	Gebäudefläche, An der Presse 2	851

Der Versteigerungsvermerk wurde am 07.05.2024 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 150.000,00 €

Es handelt sich um ein Grundstück, welches mit einem teilunterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und Nebengelassen bebaut ist. Das Einfamilienhaus wurde um 1920 errichtet und 2015 zum Teil modernisiert. Die Wohnfläche beträgt ca. 177 qm. Bei den Nebengebäuden handelt es sich um Garagen, Stallgebäude und Abstellräume. Es besteht insgesamt Unterhaltungsstau. Das Grundstück ist eigen genutzt. Die postalische Anschrift lautet: An der Presse 2, 06179 Salzatal.

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon 2 Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs - getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten - einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.
Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter **www.immobilienpool.de und www.zvg-portal.de**

Neubauer
Rechtspflegerin

Ausgefertigt
Amtsgericht Halle (Saale), 08.04.2025

Amtsgericht Halle (Saale)

Nostitz, Justizbeschäftigte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle